

Zivile und militärische Nutzung der Atomenergie – zwei Seiten derselben Medaille

Schon seit geraumer Zeit verbraucht die Atomkraft-Industrie etwa 10% mehr Uran als produziert wird. Der Rest wird aus verschrotteten Atomwaffen bereitgestellt.

In den kommenden Jahren werden nicht nur ein erbitterter Preiskampf sondern sogar kriegerische Auseinandersetzungen um diese unselige Ressource stattfinden.

Allein für den Betrieb des AKW Isar 2 werden laut Betreiber jährlich 24 Tonnen angereichertes Uran benötigt. Dafür müssen je nach Mine etwa 370.000 bis 500.000 Tonnen Uranerz gefördert werden.

Rund 70% der Welt-Uranreserven liegen auf dem Gebiet indigener Bevölkerungsgruppen. Durch den Uranabbau wird deren Heimat verseucht und unbewohnbar gemacht.

Atomkraft schafft Unfrieden - Entsorgung belastet spätere Generationen

Die verbrauchten Brennelemente aus deutschen AKW wurden über mehr als zwei Jahrzehnte in die Wiederaufarbeitungsanlagen in Sellafield (England) und La Hague (Frankreich) transportiert. Dort wurde wieder Verwertbares herausgelöst. Der hochradioaktive Rest muss entsprechend einer vertraglichen Verpflichtung zurückgenommen werden. Nach einem Beschluss, Transporte von abgebrannten Brennstäben nur noch für die Endlagerung zuzulassen, wurden an den AKW-Standorten Zwischenlager mit einer Genehmigung für 40 Jahre gebaut. Die Zwischen- und schließlich die Endlagerung in ein geologisches Tiefenlager in vielleicht hundert Jahren wird extrem schwierig und für die nachfolgenden Generationen sehr teuer.

Verständlich den Atommüll weit wegschicken zu wollen. Aber wo auch immer das wäre, es leben dort Menschen, die ebenfalls Schutz vor radioaktiver Verseuchung verdienen.

Der Atommüll entzweit die Gesellschaft und dies weit über die Jahre hinaus, in denen ein Teil der Menschen von der Atomkraft profitiert hat. Unser Wohlstand und die Profitgier dürfen nicht auf Kosten des Lebensraums und der Gesundheit anderer Menschen gehen, daher fordern wir:

- **Schluss mit dem Abbau von Uran und Verbot von Uran-Munition**
- **Sofortiger Stopp des Weiterbetriebes von AKW und damit Stopp der weiteren Produktion von Atommüll**
- **Faire und tatkräftige Suche nach einem Endlager**
- **Stopp der weiteren Verbreitung der Atomenergie, welche die Voraussetzung schafft für die Produktion von Atomwaffen**

Frieden braucht Mut, Engagement und Solidarität. Wir setzen Zeichen:

Bund Naturschutz KG Landshut, Bürgerforum gegen Atomkraftwerke, DGB KV Landshut, DKP Kreis Niederbayern, Die Linke Kreisverband Landshut-Kelheim, Friedensinitiative Landshut, GEW Kreisverband Landshut, IG Metall Landshut, Landshut im Wandel e.V., Landshuter Arbeitskreis Partnerschaft mit der Dritten Welt e.V., NGG Region Niederbayern, ÖDP Ortsverband, Pax Christi, Regional Kollektiv Landshut, Rocketclub Landshut, terre des hommes, Ver.di OV Landshut, VVN-Bund der Antifaschisten Kreisverband Freising-Moosburg und Kreisverband Landshut

Wir bedanken uns bei allen Unterstützer_innen!

Konto der Friedensinitiative:
Brigitte Rasch bei Comdirekt

IBAN DE10 2004 1111 0463 9498 00



Auf unserem Ostermarsch gibt es keinen Platz für völkisch-nationalistische Ideologien, weder für Rassismus noch für Antisemitismus oder für rechts-populistische Islam-Hetze. Wir wünschen auch keine Nationalfahnen, weil diese von vielen Teilnehmern als Zeichen von Spaltung und Unterdrückung empfunden werden. Wer gegen diesen Konsens der Veranstalter_innen dennoch verstößt, wird von der Versammlung ausgeschlossen.

Ostermarsch Landshut 2019



V.i.S.d.P. Josef Danzer, Hans-Wertinger-Str., 84034 Landshut

Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten und nicht den Krieg

Robert Jungk, 1970

Ostermontag, 22. April

14.00 Kundgebung am Rathaus mit Clemens Ronnefeldt (Versöhnungsbund)

Ostermarsch durch die Innenstadt

Musik von Yoldas und Ubuntu Drummers

Der ausschließliche Zweck von Waffen ist das Töten.

INF-Vertrag retten - eine neue atomare Aufrüstung verhindern

Es droht ein neues atomares Wettrüsten. Zuerst kündigte Trump und dann Putin den INF-Vertrag von 1987 – den wichtigsten nuklearen Abrüstungsvertrag. Dazu erklärten die NATO und Deutschland, dass sie diesen Schritt der USA „uneingeschränkt“ unterstützen anstatt für den Erhalt des INF-Vertrags einzutreten. Damit wäre das Abkommen in 6 Monaten Null und nichtig, in dem sich die beiden Atommächte verpflichteten, landgestützte Kurz- und Mittelstreckenraketen mit Reichweiten zwischen 500 und 5500 km zu verschrotten und zu verbieten.

Die Stationierung der Raketenabwehr 2016 in Ost-Europa durch die US-Regierung hatte zur Folge, dass Russland Kurzstreckenraketen in Kaliningrad stationiert hat.

Gegenseitige Vorwürfe zwischen USA und Russland

Die USA behaupten Russland würde Mittelstreckenraketen von mehr als 500 km Reichweite entwickeln, was Moskau bestreitet.

Gleichzeitig wirft Moskau der US-Regierung vor, dass das in Osteuropa stationierte Raketenabwehr-System auch offensiv einsetzbar ist und somit gegen den INF-Vertrag verstößt.

Inwieweit die Vorwürfe zutreffen, lässt sich bislang nicht seriös beantworten. Zu diesem Zweck müssten die Inspektions- und Überprüfungsmechanismen wieder in Kraft gesetzt werden, die einst im INF-Vertrag vereinbart wurden.

Durch diese atomare Aufrüstungsspirale mit immer kürzeren Vorwarnzeiten droht die Gefahr eines Atomkrieges auf dem „Schlachtfeld Europa“.

Atomwaffen in Deutschland

Für den Einsatz im Ernstfall lagern die USA 20 Atombomben auf dem Atomwaffenstützpunkt „Fliegerhorst Büchel“ in der Eifel, die momentan „modernisiert“ werden. Jede dieser Bomben hat eine maximale Sprengkraft, die mit der von 13 Hiroshima-Bomben vergleichbar ist.

Mit 36 Tornado-Kampfflugzeugen trainieren deutsche Soldaten regelmäßig den Abwurf. Nachdem die Bundesregierung sich freiwillig an der sogenannten nuklearen Teilhabe der NATO beteiligt, ist sie im Ernstfall verpflichtet, die Atombomben auf Befehl der NATO von deutschem Boden aus im Zielgebiet abzuwerfen. Zwei Drittel der UN-Mitgliedsstaaten haben 2017 den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beschlossen. Aber die Bundesregierung hält an der Stationierung von Atomwaffen in Deutschland fest. Sie weigert sich, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten.

Atomwaffen insgesamt

In Europa lagern noch immer 180 Atombomben. Weltweit gibt es 14.465 Atomwaffen, die in der Hand von nur neun Staaten sind:
Russland (6850), USA (6450), Frankreich (300), China (280), Großbritannien (215), Pakistan (140-150), Indien (130-140), Israel (80), Nordkorea (10-20)
(Quelle SIPRI Jahrbuch 2018)

- **Erhalt des INF-Vertrages**
- **Sofortiger Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel**
- **Abschaffung aller Atomwaffen**

Rüstungshaushalt - Erhöhung auf 2% des BIP verhindern

Nach den USA, Russland und Frankreich ist Deutschland der weltweit viertgrößte Exporteur von Rüstungsgütern. Derzeit liegen Deutschlands Rüstungsausgaben (2017: 37 Mrd. €) bei etwa 1,23 % des BIP (Bruttoinlandsprodukts) und steigen 2019 auf 43,2 Mrd. €. Bei dem angestrebten Ziel einer Erhöhung auf 2 % des BIP müsste Deutschland demnach bei einem angenommenen jährlichen Wachstum von 2% im Jahre 2024 mehr als 75 Mrd. € für Rüstung ausgeben, was einer Verdoppelung gleichkäme.

Der aktuelle Zustand der Bundeswehr hat nicht mit zu wenig Geld zu tun, sondern mit Verschwendung, misslungenen Rüstungsprojekten und einer übergroßen Bürokratie.



Die 10 Nationen mit den höchsten Militärausgaben 2017

1. USA 610 Milliarden US-Dollar
 2. China 228 Milliarden US-Dollar
 3. Saudi-Arabien 69,4 Milliarden US-Dollar
 4. Russland 66,3 Milliarden US-Dollar
 5. Indien 63,9 Milliarden US-Dollar
 6. Frankreich 57,8 Milliarden US-Dollar
 7. Großbritannien 47,2 Milliarden US-Dollar
 8. Japan 45,4 Milliarden US-Dollar
 9. Deutschland 44,3 Milliarden US-Dollar
 10. Südkorea 39,2 Milliarden US-Dollar
- Alle 29 Nato-Staaten zusammen 900 Milliarden US-Dollar!
(Quelle: ZDF/SIPRI)

- **Stopp der Rüstungsexporte**
- **Keine Lizenzvergabe für Rüstungsgüter und keine Verlagerung von Rüstungsfirmen ins Ausland**
- **Keine EU-Armee, die Merkel und Macron fordern**

Toleranz und Solidarität statt Rechtsextremismus

Das Ringen um Frieden ist untrennbar damit verbunden, alle derzeit erstarkenden nationalistischen Bewegungen wie AfD, NPD, Identitäre, Reichsbürger und andere Rechtspopulisten kompromisslos zurückzuweisen.

Mit der AfD sitzt nun eine rechtsextreme, rassistische Partei im Bundestag und im bayerischen Landtag, die programmatisch und politisch eine Aufrüstungs- und Kriegspartei ist.

Die AfD hat in ihrem Leitantrag an den AfD-Parteitag 2015 formuliert: Die Bundeswehr „muss eine gründliche, kriegs- und einsatzorientierte Ausbildung ermöglichen“.

In logischer Konsequenz fordert die AfD die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht und ist für die Aufstellung eines Reservistenkorps, nach dem Vorbild der amerikanischen Nationalgarde, das auch im Rahmen der Amtshilfe im Inland eingesetzt werden kann.

- **Nein zu Rassismus**
- **Nein zu Nationalismus**
- **Nein zu Rechtsextremismus**